

Fact Sheet: Die Vor- und Nachteile von CETA

Ende 2014 kam es zum Abschluss der Verhandlungen zwischen der EU und Kanada über ein Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA). Der finale Text wurde erst im Februar 2016 veröffentlicht, der Bereich Investorenschutz musste noch geändert werden. Anstelle privater, nicht-öffentlicher Schiedsgerichte ist nun ein Investitionsgerichtshof inklusive Berufungsinstanz vorgesehen, der mit öffentlich ernannten RichterInnen besetzt wird.

Im Herbst wird der EU-Handelsministerrat über das Freihandelsabkommen abstimmen. Im Hinblick auf den möglichen Nutzen bzw. die potentiellen Risiken von CETA scheiden sich die Geister. Der vorliegende Fact Sheet gibt einen Überblick über thematisierte Vor- und Nachteile:

Pro

- CETA wird sich positiv auf das **Wirtschaftswachstum** auswirken, wenn auch mit geringen Effekten. Gemäß EU- Kommission wird die EU langfristig eine Zunahme des realen BIPs um 0,02%-0,03% verzeichnen.
- Durch den Wegfall von Zöllen wird im **EU-Exportbereich** ein Plus von 0,05%-0,07% erwartet. Europäische Exporteure ersparen sich rund 470 Mio. Euro pro Jahr. Besonders exportorientierte Länder wie Österreich könnten davon profitieren. Das österreichische Handelsvolumen mit Kanada betrug 2015 1,5 Mrd. Euro (rund 60% durch Exporte von Maschinen und Automobilteile).
- Auch das **Pro-Kopf-Einkommen** soll aufgrund von CETA steigen. Gemäß Arbeiterkammer Österreich wären aber die zu erwartenden Einkommenseffekte gering (plus 0,03 bis 0,06%).
- Ausländische Investoren würden **neues Kapital** in die EU bringen – und europäische Unternehmen haben **bessere Absatzchancen** in Kanada. Durch CETA werden auch öffentliche Ausschreibungen, mit Ausnahme der Daseinsvorsorge, für ausländische Unternehmen geöffnet. Mehr Wettbewerb könnte dazu führen, dass Preise sinken und sich die Produktvielfalt erhöht.

Contra

- Der reformierte **Investorenschutz** in CETA ändert nichts daran, dass sowohl kanadische als auch europäische Großkonzerne weiterhin Sonderklagerechte gegenüber Staaten erhalten.
- Die in CETA vorgesehene **Regulierungszusammenarbeit** soll europäische und kanadische Vorschriften angleichen. Dabei wird befürchtet, dass es zur Absenkung der hohen europäischen Standards beim Sozial- und ArbeitnehmerInnenschutz, aber auch im Umwelt- und Gesundheitsbereich und bei der Lebensmittelsicherheit kommen könnte.
- Die behördliche Regulierungszusammenarbeit könnte die Kompetenz nationaler Parlamente einschränken.
- In CETA sind alle Dienstleistungen automatisch liberalisiert, wenn sie nicht explizit aufgelistet werden. Die Ausnahme von öffentlichen Dienstleistungen ist eng definiert - eine Garantie, dass die **Daseinsvorsorge** komplett ausgenommen ist, gibt es nicht.